

Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 29.08.2020

Niederschrift

der 21. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf
am Dienstag, dem 25.08.2020,
im "Grünen Salon" der Gaststätte El Greco, Sport- und Kulturhalle,
Untergasse 34, 35308 Gießen-Allendorf.
Sitzungsdauer: 20:00 - 22:10 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Thomas Euler Ortsvorsteher
Herr Tobias Blöcher
Frau Beate Karl
Herr Christian Schneider
Herrn Hans-Georg Volk

Ortsbeiratsmitglieder der FW-Fraktion:

Herr Gerd Euler
Frau Marion Viehmann

Ortsbeiratsmitglied der CDU-Fraktion:

Herr Dirk Steinmüller

Ortsbeiratsmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Volker Arnold

Stadtverordnete:

Frau Monika Heep

Schriefführerin:

Frau Kerstin Braungart Geschäftsstelle Ortsbeiräte

Entschuldigt:

Herr Wolfgang Sahmland Stadtrat
Frau Gerda Weigel-Greilich Stadträtin

Herr Ortsvorsteher Euler eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Auch weist er auf die bestehenden Hygiene- und Abstandsregeln hin und bittet um Beachtung.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des Ortsbeirates am 10.03.2020
2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
3. Situation der zweizügigen 1. Klasse an der Grundschule Kleebachschule
4. Solidarität beim Erhalt der Vorstadt-Freibäder OBR/2375/2020
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.08.2020 -
5. Umleitungssituation im Falle der Sanierung der Kreisstraße K 21 OBR/2376/2020
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2020 -
6. Aufräumen des Bachbetts im gesamten Verlauf des Kleebachs und seiner Zuflüsse OBR/2381/2020
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2020 -
7. Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Hochwasserschutzes für Allendorf/Lahn OBR/2382/2020
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2020 -
8. Umwandlung der jetzigen 30er Zone in einen verkehrsberuhigten Bereich für die Straßen "Altes Gericht" und "Schneiderhenn" OBR/2383/2020
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2020 -
9. Mitteilungen und Anfragen
10. Bürgerfragestunde

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des Ortsbeirates am 10.03.2020

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form **einstimmig genehmigt**.

2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Herr Ortsvorsteher Euler bezieht sich auf die vorliegende Ergebniskontrollliste und weist auf folgende Anträge hin, die noch unbeantwortet bzw. nicht erledigt sind und bittet um entsprechende Stellungnahme:

Absenkung der Bordsteinkante am Parkplatz vor dem Friedhof in Gießen-Allendorf und Aufstellen eines Hinweisschildes „Parken nur für Besucher/innen des Friedhofs“, Beschluss des Ortsbeirates in der 17. Sitzung am 27.08.2019 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.2019, OBR/1794/2019

Instandsetzungen auf dem Backhausvorplatz, Beschluss des Ortsbeirates in der 18. Sitzung am 29.10.2019 auf Antrag der FW-Fraktion vom 19.08.2019, OBR/1921/2019

Ausleuchtung des Parkplatzes Mehrzweckhalle, Beschluss des Ortsbeirates in der 18. Sitzung am 29.10.2019 zum Antrag der FW-Fraktion vom 18.09.2019, OBR/1918/2019

Vorstellung von Planungen zur Entschärfung der Einmündung der Kreisstraße K 21 in die Landesstraße L 3451 mit Rad-/Gehwegquerung und Bushaltestellen, Beschluss des Ortsbeirates in der 18. Sitzung am 29.10.2019 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 18.09.2019, OBR/1917/2019

Rezept gegen die Mistelplage auf dem Judenberg und auf der Kühweide, Beschluss des Ortsbeirates in der 20. Sitzung am 10.03.2020 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 14.02.2020, OBR/2110/2020

Herr Ortsvorsteher Euler kann hierzu mitteilen, dass er sich mit dem Leiter der Unteren Naturschutzbehörde in Verbindung gesetzt habe, mit der Zusage, dass man sich der Angelegenheit annehmen werde.

(Nachträgliche Mitteilung: Die Aufgabe ist zwischenzeitlich durch Handlung erledigt!)

3. Situation der zweizügigen 1. Klasse an der Grundschule Kleebachschule

Nachdem **Herr Ortsvorsteher Euler** informationshalber den Mail-Verkehr zwischen ihm und Frau Schulleiterin Agari verliert, in dem es um die Klasseneinteilung der 1. Klassen geht in der es keine Durchmischung der 'Ortskinder' und 'Neubaugebietskinder' gebe, teilt er mit, dass, falls es bei dem Aufteilungswunsch ein einstimmiger oder gar überwiegend mehrheitlicher Beschluss der Eltern war, er dahinter stehe. Falls es allerdings eine Handlungsaktivität „einzelner Lautsprecher“ war, sehe er es als sehr bedenklich an. Er bittet zudem Frau Schulleiterin Agari darum, die angekündigten Konzepte zur Durchmischung – falls dies in der Coronazeit überhaupt möglich sind – soweit wie möglich voranzutreiben, damit sich die Kinder kennenlernen.

Auch informiert er, dass Frau Stadträtin Eibelshäuser ihm zusicherte, dass der Beschluss des Ortsbeirates hinsichtlich der Erweiterung umgesetzt werde. Der Container sei vorerst nur als Provisorium auf den Schulhof gekommen. Weiter habe er darum gebeten, dass in jedem Fall die Fläche, die der Ortsbeirat anregte zu kaufen, mit in das Schulkonzept eingeplant werde. Eine Erweiterung an dem Holzpavillon werde wohl stattfinden, allerdings noch nicht in diesem Schuljahr.

Nach kurzer Beratung, an der sich weiterhin **Herr Blöcher** und **Herr Arnold** beteiligen, weist **Herr Ortsvorsteher Euler** darauf hin, dass in dem provisorischen Container ein Waschbecken bzw. ein Wasseranschluss fehle und dies in der jetzigen „Coronazeit“ sehr wichtig sei! Er bittet deshalb die Stadt Gießen, dort schnellstmöglich für einen Wasseranschluss zu sorgen. Falls dies nicht umsetzbar sei, sollte man sich über „Anmietungssysteme“ Gedanken machen.

4. **Solidarität beim Erhalt der Vorstadt-Freibäder** **- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.08.2020 -**

OBR/2375/2020

Antrag:

„Der Ortsbeirat unterstützt die beiden Nachbar-Ortsbeiräte in Lützellinden und in Kleinlinden zum Erhalt der Freibäder in diesen beiden Stadtteilen.

Der Magistrat wird aufgefordert, über die Gremien der Stadtwerke Gießen dafür zu sorgen, dass im nächsten Jahr die beiden Freibäder wieder geöffnet werden.“

Begründung:

Bezüglich der beiden Vorstadt-Freibäder gibt es seit vielen Jahren Gerüchte über deren angeblicher Schließung. Diese Gerüchte hatten in der Vergangenheit aber keinerlei Substanz. In der Zeit der Corona-Pandemie wurden die beiden

Vorstadt-Freibäder zwar aus nachvollziehbaren Gründen Im Jahr 2020 nicht geöffnet, die Kommunikation hierzu fand aber eher mäßig statt. Die Corona-Krise darf aber kein Grund sein, diese Bäder auf Dauer zu schließen. Deshalb solidarisiert sich der Ortsbeirat von Allendorf/Lahn mit den Nachbarstadtteilen in ihrer Forderung nach dem Erhalt der beiden Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden. Zum Freibad „Lindbachtal“ in Lützellinden hat Allendorf/Lahn eine besondere Beziehung, da dieses viele Jahre als Zweckverband, bestehend aus den ehemals selbständigen Gemeinden Lützellinden und Allendorf/Lahn, betrieben wurde.

Herr Schneider verliert den Antrag.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

5. Umleitungssituation im Falle der Sanierung der Kreisstraße K 21 OBR/2376/2020
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2020 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, im Falle der Sanierung der Kleebachstraße (Kreisstraße K 21 von der Ortslage Allendorf/Lahn bis zur Einmündung in die Landesstraße L 3451) den Verkehr aus Lützellinden in Richtung Dutenhofen oder Heuchelheim nicht durch die Untergasse und Triebstraße, sondern über die Lützellindener Straße, Allendorfer Straße, Frankfurter Straße und Wetzlarer Straße zu leiten. Der innerörtliche Verkehr sollte über Triebstraße und Triebweg geleitete werden.“

Begründung:

Der Triebweg ist für überörtlichen Umleitungsverkehr nicht geeignet. Deshalb sollte nur der innerörtliche Verkehr während der Sanierungsphase der K 21 durch ihn abgefangen werden. Der überörtliche Durchgangsverkehr sollte über Kleinlinden geleitet werden. Allendorf musste ja schließlich auch den Umleitungsverkehr während der Sanierung der Wetzlarer Straße ertragen.

Herr Blöcher verliert den Antrag, worauf **Herr Steinmüller** mitteilt, dass er den letzten Satz der Begründung nicht mittragen könne.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

6. Aufräumen des Bachbetts im gesamten Verlauf des Kleebachs und seiner Zuflüsse OBR/2381/2020
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2020 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, über den Wasserverband Kleebach und den hierfür handelnden Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke das Ausräumen des Bachbetts (insbesondere umgestürzte und teilweise im Wasser liegende Bäume und dadurch Schwemmholz) im gesamten Verlauf des Kleebachs und seiner Zuflüsse zu veranlassen.“

Begründung:

Bedingt durch diverse Starkregenereignisse sollte der Wasserverband Kleebach oder die Anrainergemeinden von Kleebach und dessen Zuflüssen in ihren Gemeindegebieten dafür sorgen, dass angeschwemmtes Gehölz usw. ausgeräumt wird, um dadurch ein besser geregeltes Abfließen bei Hochwasser zu gewährleisten. Das ist vor allem in den Bereichen des unteren Kleebachs (Richtung Lahn) notwendig.

Nachdem **Herr Volk** den Antrag vorträgt, informiert er kurz über einen Zeitungsartikel bzgl. eines Antrages aus Langgöns-Niederkleen, in dem es auch um das Aufräumen des Bachbettes ging.

Herr G. Euler merkt an, dass sich vor und unter der Kleebachbrücke in der Untergasse zwischenzeitlich wieder sehr viel Schlamm angesammelt habe und diese den Durchflussquerschnitt deutlich verkleinere.

Herr Ortsvorsteher Euler bringt aufgrund der Aussagen und Anregungen von **Herrn G. Euler** folgenden Ergänzungsvorschlag vor, der von der antragstellenden Fraktion übernommen wird:

„Der Magistrat wird gebeten, über den Wasserverband Kleebach und den hierfür handelnden Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke das Ausräumen des Bachbetts (insbesondere umgestürzte und teilweise im Wasser liegende Bäume und dadurch Schwemmholz) im gesamten Verlauf des Kleebachs und seiner Zuflüsse zu veranlassen.

Dabei soll durch geeignete Maßnahmen auch erreicht werden, dass der enge Querschnitt in Flussrichtung vor und unterhalb der Kleebachbrücke in der Untergasse wieder auf das Normalmaß gebracht wird, in dem der dortige Schlamm beseitigt wird.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, über den Wasserverband Kleebach und den hierfür handeln den Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke vor dem Hintergrund der jüngsten Hochwassersituation in Langgöns-Niederkleen

1. prüfen zu lassen, inwieweit die sogenannten "Froschklappen" bei den dem Kleebach zufließenden Gräben funktionsfähig sind, bzw. dem gewünschten Zweck tatsächlich entsprechen, da sie bei langsam steigendem Wasserstand nicht schließen, sondern mit aufschwimmen.
2. die Kapazitätsgrenze des Wasserdurchlasses am Stauwerk im Hochwasserdamm hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Brücke und Wehr in der Untergasse neu zu berechnen, dabei ggf. veränderte Situationen wie z.B. plötzlich auftretenden Starkregen mit einzubeziehen, und den Einbau eines Schiebers in der Wehranlage zu prüfen.“

Begründung:

Der Hochwasserdamm hat seit seiner Einrichtung in den Jahren 2000/2001 bereits sechsmal die Ortslage von Allendorf/Lahn geschützt, weil sechsmal der Wasserstand vor dem Damm höher war als die Höhe der Untergasse. (161m ü.NN). Nur einmal, im Jahr 2007, kam es zu nassen Kellern. Dies lag aber am künstlichen Aufstau im nachgelagerten Bachbett für den Bau der Brücke in der Untergasse.

Der starre Wasserdurchlass, der maximal 30m³ pro Sekunde durchlässt, soll den möglichen Kapazitäten der Brücke und des Wehres entsprechen. Bei dem kürzlichen Hochwasser in Niederkleen kam es aber dennoch zu Überschwemmungen durch den Kleebach. Eine Neuberechnung soll Klarheit hinsichtlich des nachhaltigen Hochwasserschutzes für Allendorf/Lahn bringen und könnte durch ggf. veränderten Durchlass am Wehr auch zu einer Entspannung der Situation in den Gärten im Dorfbereich führen, selbst wenn diese bekanntermaßen im Hochwassergebiet liegen.

Das Ergebnis der Prüfungen soll im Ortsbeirat vorgetragen werden.

Herr Volk trägt den Antrag vor.

Nachdem **Herr Ortsvorsteher Euler** kurz auf die Sachlage eingeht, ist **Herr G. Euler** der Auffassung, dass berücksichtigt werden sollte, dass gemäß des vorherigen Beschlusses es ständig zu Aufschwemmungen vor und unter der Kleebachbrücke in der Untergasse komme.

Abschließend macht **Herr Arnold** darauf aufmerksam, dass auch die gesamte Situation hinsichtlich der Durchlässigkeit von Gewässern (Fischaufstiegshilfen) bei der Prüfung berücksichtigt werden sollte.

Herr Ortsvorsteher Euler bittet deshalb darum, bei den Berechnungen und Prüfungen mit zu berücksichtigen, dass sich der Durchflussquerschnitt unter der Kleebachbrücke in der Untergasse wegen Schlammablagerungen ständig verändert und dass mittelfristig Fischaufstiegshilfen am Kleebachwehr vorgesehen sind.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

8. **Umwandlung der jetzigen 30er Zone in einen verkehrsberuhigten Bereich für die Straßen "Altes Gericht" und "Schneiderhenn"**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2020 -
-

OBR/2383/2020

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in Allendorf/Lahn die Straßen „Altes Gericht und „Schneiderhenn“ in eine verkehrsberuhigte Zone umgewandelt werden können.“

Begründung:

Verkehrsberuhigte Zonen sollen das Unfallrisiko minimieren und räumen Fußgängern Vorrang ein. Spielende Kinder und Fußgänger dürfen die komplette Straße nutzen, Autofahrer und Radler müssen hier besondere Rücksicht nehmen. Die Straßen im Neubaugebiet waren schon von Anfang an als Zone 30 ausgewiesen. Auch von Anfang an gab es Probleme mit zu schnell fahrenden PKWs und Zulieferfahrzeugen, die offensichtlich die Beschilderung ignorierten. Eine Umwandlung bietet sich in den oben genannten Straßen besonders an. Die 30er Zonen in Allendorf/Lahn sind ansonsten eindeutig in Gehweg, Bordsteinkante und Fläche für den Fahrzeugverkehr getrennt. Im Neubaugebiet haben wir eine Mischverkehrsfläche. Das heißt, dass die Verkehrsflächen ohne Bordstein und somit ohne Höhenunterschiede gestaltet werden. Dadurch erleben wir die Situation, dass gerade die Kinder die ganze Breite des Straßenraumes nutzen um ihren spielenden Bewegungsdrang auszuleben und zu erkunden. Gerade Kinder können die Geschwindigkeit von Fahrzeugen nicht so gut einschätzen, ebenso ist das Risikobewusstsein noch nicht vorhanden.

Von daher wäre es angebracht, wenn in den o.g. Straßen, in denen sehr viele Kinder wohnen, Schrittgeschwindigkeit gefahren werden muss.

Ebenso würde der Umbau/Umwandlung zu einem verkehrsberuhigten Neubaugebiet einen weiteren Schritt hinsichtlich des Beschlusses Gießen 2035Null (klimaneutral) für die Verkehrswende bedeuten.

Herr Arnold verliest den Antrag und geht darauf ein.

An der folgenden Beratung beteiligen sich weiterhin **Herr Steinmüller, Frau Karl** und **Herr Ortsvorsteher Euler**.

Aufgrund der Ausführung von **Herrn Arnold** und dem Hinweis von **Herrn G. Euler** wird über folgenden geänderten Antrag abgestimmt:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in Allendorf/Lahn die 200 Meter der Straße „Altes Gericht“ zwischen Kreisel und Gerichtsspitz, in eine verkehrsberuhigte Zone umgewandelt werden kann. Dies sollte geprüft werden, bevor durch den letztendlichen Straßenausbau Fakten geschaffen werden.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen (1StE: CDU).

9. Mitteilungen und Anfragen

➤ **Wohnungen im Projekt „Quartierbezogenes Wohnen“**

Herr Ortsvorsteher Euler teilt mit, dass in Verhandlungen mit dem Sozialamt und der Wohnbau erreicht wurde, dass bei der Wohnungsvergabe der Sozialwohnungen im Projekt 'Quartierbezogenes Wohnen in Allendorf ohne Barrieren', Bürger mit Wohnberechtigungsschein aus Allendorf in dem für den Sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Haus bevorzugt werden können.

➤ **Beschilderung „Benutzung durch Unbefugte untersagt“ am Dammkronenweg**

Herr Ortsvorsteher Euler geht kurz auf den Sachverhalt bzgl. der Beschilderung des Dammkronenweg, den Zeitungsartikel sowie den Mailverkehr, den alle Ortsbeiratsmitglieder erhalten haben, ein und bedauert, dass weder der RP noch die Ordnungsbehörde der Stadt den Ortsbeirat Allendorf und/oder den Ortsbeirat Lützellinden jemals kontaktiert haben. Auf die Nachfrage einer Bürgerin kann er abschließend mitteilen, dass die Bürger den Weg nutzen und dort spazieren gehen dürften. Sie seien „Befugte“ im Sinne der Beschilderung.

➤ **Flugverkehr über die Ortslage von Allendorf**

Herr Schneider macht darauf aufmerksam, dass die Ortslage von Allendorf in letzter Zeit wieder häufig überflogen werde und weist darauf hin, dass dies

nicht zulässig sei. Bei seinen Nachfragen im Tower wurde ihm jedes Mal mitgeteilt, dass es sich dabei wohl um Ortsfremde handeln würde. Da ihm dies sehr unglaublich erscheint, wird das Ordnungsamt hier um Überprüfung gebeten.

Ergänzend wirft **Herr Steinmüller** ein, dass speziell an Wochenenden verstärkt Überprüfungen durchgeführt werden sollten, da dies die Hauptflugzeit sei.

➤ **Nutzung des Kneippbeckens durch Hunde**

Nach Beobachtungen von **Frau Viehmann** lassen wohl einige Hundebesitzer ihre Hunde – trotz Hundeverbotsschilder - im Kneippbecken baden. Da dies nicht in Ordnung sei, richtet sie einen Appell an die Hundebesitzer, dies zukünftig zu unterlassen.

➤ **Hochwasserschutz und Seniorenwohnanlage**

Herr Blöcher bezieht sich auf die Schilder, die in der Hüttenbergstraße und Im Kleefeld aufgehängt wurden und von Mitstreitern der „Initiative Allendorf“ im Internet verbreitet und unterstützt werden, mit folgenden Worten:

„Die Dorfzerstörer haben unsere grüne Lunge zerstört. Für Genossen, Land- und Immobilienhaie machen sie alles!!! Bürger wählt 2021 keine Dorfzerstörer mehr. Sie zerstören das Dorf weiter.“

„In dieser Straße werden mutwillig Umwelt und Anwohnerhäuser zerstört. Bürger wählt 2021 keine Umweltzerstörerpartei mehr. Für uns Anwohner machen sie nichts!!!“

„Schade, dass wir in Allendorf nur eine Partei haben . Sie ist unglaublich, macht Genossenpolitik, spaltet und zerstört das Dorf. Bürger, wir brauchen eine neue zweite Partei die man wählen und der man vertrauen kann. Demokratie ja/Diktatur nein.“

‘Sehr enttäuschend’ findet **Herr Blöcher** diese Vorgehensweise und ist der Auffassung, dass diese Handlung dorfspaltend und wenig konstruktiv sei. Zu jedem Punkt nimmt er anschließend sachlich Stellung und widerlegt alle darin gemachten Vorwürfe.

Um an der Beratung teilnehmen zu können, gibt **Herr Ortsvorsteher Euler** in Abstimmung mit dem stellv. Ortsvorsteher G. Euler den Vorsitz an Herrn Volk ab. Er stimmt Herrn Blöcher zu und geht ebenfalls sachlich auf dieser

Angelegenheit und der Angelegenheit der damaligen Unterschriftensammlung der Gegner des Projektes „Quartierbezogenes Wohnen in Allendorf/Lahn ohne Barrieren“ ein, die mit Unwahrheiten und Mutmaßungen überschrieben waren. Auch bezieht er sich nach eingehender Stellungnahme auf den Hauptinitiator der BI, der mit seiner Klage gegen die Baugenehmigung für das Projekt beim Verwaltungsgericht gescheitert sei. Vielmehr sei aber festgestellt worden, dass er selbst bei seinem Bau 2015 nichts für den Hochwasserschutz getan habe. Zurzeit liege der Vorgang beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel.

Herr Ortsvorsteher Euler appelliert an den Kläger:

„Wer von anderen Hochwasserschutzmaßnahmen fordert oder die getroffene Maßnahmen als für nicht hinreichend bezeichnet, der soll selbst an seinem Bau für Hochwasserschutz sorgen, und zwar für alle anderen Anwohner!“

Weiter fordert er die Stadt Gießen auf, Ausgleichsmaßnahmen für diesen privaten Bau von 2015 nachträglich zu fordern.

Unter Bezug auf die Presseberichterstattung in den Medien in der letzten Woche, in denen wegen Anfeindungen und Gewalt gegen ehrenamtlich Tätige beschrieben wurde, dass generell die lokale Demokratie in Gefahr sei, ruft **Herr Ortsvorsteher Euler** zu Respekt, Dialog und Sachlichkeit auf.

Nachdem **Herr Steinmüller** mitteilt, dass von Seiten der Bürgerinitiative nichts über die sozialen Netzwerke transportiert wurde und weiter auf die Unterschriftenaktion eingeht, beteiligen sich an der weiteren Diskussion **Herr Arnold, Frau Stadtverordnete Heep** und **Herr G. Euler**, die die ganzen Umstände um die Unterschriften- und Schilderaktion für unfassbar halten.

Der Vorsitz wird abschließend wieder von Herrn Ortsvorsteher Euler übernommen.

10. **Bürgerfragestunde**

➤ **Geschwindigkeitskontrollen in der Untergasse**

Nachdem **Herr Harald Kreußel** sich auf den Verkehr in der Untergasse bezieht, ist er der Auffassung, dass dort in jedem Fall eine feste Geschwindigkeitsmessanlage angebracht werden sollte. Seinen Beobachtungen nach, würde sich diese durchaus lohnen. Mehrere Anwohner der Untergasse können dies bestätigen, wonach **Herr Ortsvorsteher Euler** mitteilt, dass diese Angelegenheit auf jeden Fall Thema am Verkehrstag sein werde.

➤ **Fehlendes Waschbecken im Schulklassencontainer**

Nachdem **Herr Harald Kreuzel** sich auf das fehlende Waschbecken bzw. den fehlenden Wasseranschluss im Container der Schule bezieht, hält **Frau Nicole Linnenbaum** ein Waschbecken nicht nur aus Hygienegründen für besonders wichtig, sondern auch, weil in dem Container eine Kreideschultafel vorhanden ist. Sie macht darauf aufmerksam, dass es gewerbliche Vermieter für solche Einrichtungen gebe und bittet dringend, den Hygieneplan einzuhalten und ein Waschbecken dort anzubringen, da das Hygienekonzept des Kultusministeriums nur so eingehalten werden könne.

➤ **Bolzplatz – Spielplatz - Quartierbezogenes Wohnen**

Frau Simone Burk beschwert sich über die Größe des Bolzplatzes, den Zustand des Spielplatzes und zudem über die Bauweise des Projektes Quartierbezogenes Wohnen. Auch lässt sie sich über die Unterschriftenaktion aus, die ihrer Meinung nach korrekt verlaufen sei und äußert ihr Verständnis für die Unmutäußerungen auf den Plakaten.

Es folgt eine Diskussion, an der sich mehrere Bürger/innen beteiligen und die Art und Weise des Vorgehens der Plakatierung kritisieren.

➤ **Installierte Kamera am Haus in der Hüttenbergstraße 12**

Frau Nicole Linnenbaum weist darauf hin, dass an dem Haus in der Hüttenbergstraße 12 eine Kamera installiert sei, die den öffentlichen Verkehrsraum überwache. Da ihre Tochter den Schulweg benutzt und sie nicht möchte, dass ihre Tochter dort gefilmt werde, bittet sie das Ordnungsamt, dem nachzugehen.

Nachdem **Herr Karl Wagner** mitteilt, dass es sich dabei nur um eine Attrappe handelt, bittet **Herr Ortsvorsteher Euler** darum, dass er diese bitte entfernen solle.

Ergänzend wird von Seiten zweier Bürgerinnen mitgeteilt, dass auch am Haus in der Hüttenbergstraße 10 (2 Kameras) sowie im Teilgärtenweg Kameras installiert seien.

➤ **Plakatierung**

Herr Karl Wagner als Urheber für das Plakat entschuldigt sich bei Herrn

Ortsvorsteher Euler für sein Vorgehen. Der Bitte, die Meinungsäußerungen zu beseitigen, komme er aber nicht nach. Er und seine Frau seien wg. des Verkehrs (Busverkehr, Müllfahrzeuge und Traktoren) nervlich am Ende und er wisse nicht weiter.

Über die dortige Verkehrssituation entbrennt eine Diskussion an der sich mehrere Bürger und auch Ortsbeiratsmitglieder beteiligen.

Auf Vorschlag von **Herrn Blöcher** bittet **Herr Ortsvorsteher Euler** die betroffenen Bürger darum, die verschiedenen Brennpunkte hinsichtlich des örtlichen Verkehrs aufzuschreiben und ihm oder einem Ortsbeiratsmitglied für die anstehende Verkehrsschau zu übergeben.

➤ **Termin Verkehrsschau**

Herr Ortsvorsteher Euler hält nach Vorschlag von **Frau Viehmann** fest, dass der Ortsbeirat an einer Verkehrsschau gemäß des Angebotes von Herrn Bürgermeister Neidel interessiert ist und unterbreitet nach kurzer Beratung folgende Terminvorschläge:

→ **Freitag, 06. November oder 13. November, 15:00 Uhr.**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Herr Ortsvorsteher Euler die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates (mit Haushaltsberatung) ist für **Dienstag, 27. Oktober 2020, 20:00 Uhr**, geplant.

Antragsschluss beim Ortsvorsteher wäre dann, Sonntag, 18. Oktober 2020, 8:00 Uhr.

DER ORTSVORSTEHER:

(gez.) Euler

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Braungart